

Hannes Androsch

Der "Austro-Keynesianismus" aus der Sicht eines Architekten

Ein flexibel-pragmatischer Policy Mix – und ein bisschen Glück – als Ursache für Österreichs wirtschaftspolitischen Erfolg in den 1970er-Jahren

Der "Austro-Keynesianismus" aus der Sicht eines Architekten. Ein flexibel-pragmatischer Policy Mix – und ein bisschen Glück – als Ursache für Österreichs wirtschaftspolitischen Erfolg in den 1970er-Jahren

In Kombination mit einer umfassenden Strukturreform brachte die Wirtschaftspolitik der 1970er-Jahre Österreich einen umfassenden Modernisierungsschub sowie eine signifikante Wohlstandszunahme. Dieser Umstand ist umso bemerkenswerter, als dieses Jahrzehnt geprägt war durch die Folgen des Zusammenbruchs des Systems fester Wechselkurse von Bretton Woods und die Erdölpreiskrisen in den Jahren 1973 und 1979. Den aus diesen tiefgreifenden Umbrüchen resultierenden Herausforderungen, namentlich der steigenden Arbeitslosigkeit und der Inflation, begegnete die österreichische Regierung mit einem pragmatischen Policy Mix, der unter dem Begriff "Austro-Keynesianismus" aufgrund seiner Erfolge auch internationale Anerkennung fand.

"Austro-Keynesianism" from the Perspective of an Architect. A Flexible-pragmatic Policy Mix – and a Bit of Luck – as the Reason for Austria's Economic Policy Success in the 1970s

In combination with comprehensive structural reforms, Austria's economic policy of the 1970s resulted in an extensive push for modernisation and a significant increase in prosperity. This is all the more remarkable as this decade was marked by the consequences of the collapse of the Bretton Woods fixed exchange rate system and the oil crises of 1973 and 1979. The challenges resulting from these profound upheavals, namely rising unemployment and inflation, were addressed by the Austrian government with a pragmatic policy mix, which thanks to its successes also gained international recognition under the term "Austro-Keynesianism".

Kontakt:

Bundesminister für Finanzen a.D. Dkfm. Dr. Hannes Androsch, AIC Androsch International Management Consulting GmbH

JEL-Codes: E52, E62, E61 • **Keywords:** Austro-Keynesianismus, Wirtschaftspolitik Österreichs, Hartwährungspolitik

Unter Mitarbeit von Bettina Poller.

Die 1970er-Jahre stehen in Österreich synonym für eine vielfältige Modernisierung – im wirtschaftlichen ebenso wie im gesellschaftlichen und politischen Bereich. Man erinnert sich heute dieser Periode vor allem wegen der bedeutenden Wohlstandszunahme in unserem Land. Es war jene Zeit, in der die österreichische Wirtschaftspolitik wegen ihrer herzeigbaren Erfolge auch hohes internationales Ansehen genoss: Nicht nur OECD und Internationaler Währungsfonds lobten den Österreichischen Weg, selbst im US-Kongress – wahrlich kein Ort, an dem Österreich häufig Interesse findet – gab es eine Anhörung dazu, bei der Hans Seidel, ein wesentlicher Architekt und auch Namensgeber des Austro-Keynesianismus, das Modell präsentierte. Darüber hinaus spiegelte sich die internationale Anerkennung in der Verleihung des Wirtschaft-Oscars durch die "Financial Times" im Februar 1974 sowie in der Berichterstattung so renommierter Zeitungen wie der "Financial Times" oder des "Economist". So stellte der "Guardian" 1975 fest: "Österreich hat sich in den letzten fünf Jahren zu einer der wenigen Inseln des wirtschaftlichen Wohlstands in Europa entwickelt." Ebenso galt dies dann aber auch für die zweite Hälfte der 1970er-Jahre.

Indem damals Maßnahmen gesetzt wurden, die tatsächlich weit über den unmittelbaren Zeitraum hinaus ihre Wirkung entfalteten, ist es auch berechtigt, von einer "Ära" zu sprechen. Dies ist gleichwohl umso erstaunlicher, als wir damals kein Patentrezept für die Turbulenzen und die dadurch entstehenden wirtschaftspolitischen Herausforderungen hatten. Vielmehr agierten wir "flexibel pragmatisch", wenngleich immer auf Basis fester Grundsätze und Werte.

Österreich als "eine der wenigen Inseln des wirtschaftlichen Wohlstands in Europa"

Im Rückblick waren die siebziger Jahre des 20. Jahrhunderts somit das vorerst wohl erfolgreichste Jahrzehnt der Zweiten Republik – trotz der phasenweise, vor allem in der zweiten Hälfte des Jahrzehnts sehr schwierigen und durch tiefgreifende Umbrüche auf internationaler Ebene verursachten Umstände.

Wie stellte sich das internationale Umfeld damals dar?

Nachdem in den Jahrzehnten nach dem Zweiten Weltkrieg in der gesamten industrialisierten Welt der Keynesianismus sowohl in der Wirtschaftstheorie als auch -politik dominiert hatte, begannen in den 1960er-Jahren hitzige Diskussionen zwischen Milton Friedman, der den Monetarismus propagierte, und Vertretern der "Mainstream"-Ökonomie wie etwa Walter Heller, ehemals wirtschaftspolitischer Berater der US-Präsidenten John F. Kennedy und Lyndon B. Johnson, oder so prominenten Ökonomie-Professoren wie Paul A. Samuelson und John Kenneth Galbraith.

Doch diese Auseinandersetzungen wären wohl noch länger akademisch geblieben, hätten sich nicht in den 1970er-Jahren die internationalen Rahmenbedingungen so drastisch gewandelt.

Zwei Veränderungen sind hier ausdrücklich zu nennen:

Beendigung der nominellen Goldbindung des Dollars und Erdölpreisschocks

Erstens die Entscheidung von US-Präsident Richard Nixon vom 15. August 1971, die nominelle Goldbindung des Dollars zu beenden, nachdem er wenige Monate zuvor seinen berühmten Ausspruch "We are all Keynesians now"¹⁾ getätigt hatte. Dieser Schritt bedeutete nichts weniger als das Ende des 1944 in Bretton Woods geschaffenen Währungssystems mit Wechselkursbandbreiten und dem goldgebundenen US-Dollar als Ankerwährung. Nixons Außenminister Henry Kissinger schuf anschließend gemeinsam mit US-Finanzminister William E. Simon in einer Vereinbarung mit Saudi-Arabien das nicht-goldgebundene Petrodollar-System, in dem fixiert wurde, Erdöllieferungen nur in Dollar zu fakturieren. Mit dem Smithsonian-Abkommen 1953 wurden flexible Wechselkurse geschaffen. Mit der Währungsschlange als Vorläufer der Europäischen Währungsunion versuchte man größere Schwankungen zu vermeiden.

Zweitens – und dies erwies sich als eine der einschneidendsten Umwälzungen überhaupt, weil die Bevölkerung die Auswirkungen direkter, da an jeder Tankstelle spürte – war es das Ende des Zeitalters billigen Erdöls, auch bekannt als "Ölpreisschock". Seit der Entdeckung des Erdöls am Beginn des 20. Jahrhunderts hatten die internationalen Ölförderungsgesellschaften die Preise bestimmt. Mit der Gründung der OPEC, der "Organisation erdölexportierender Länder" im Jahr 1960 begannen die Erdölförderstaaten dann aber selbst das Heft in die Hand zu nehmen. Zur ersten Konfrontation kam es im Dezember 1969, als der in Libyen gerade erst an die Macht gekommene Muammar al-Gaddafi mit der Forderung nach höheren Preisen auf Konfrontationskurs mit den sieben großen Ölkonzernen, genannt die "Sieben Schwestern", ging. Der bisherige Käufermarkt hatte sich in der Folge in einen Verkäufermarkt verwandelt. Knapp vier Jahre später, im Oktober 1973, schufen die Ölminister der Golfstaaten dann anlässlich des Jom-Kippur-Krieges und der Unterstützung Israels durch den Westen einen Präzedenzfall mit weitreichender Wirkung: Mittels Drosselung der Fördermengen hoben sie den Preis für arabisches Leichtöl von weniger als 3 \$ auf über 5 \$ je Barrel, was einem Preisanstieg um rund 70% entsprach. Im Laufe des Jahres 1974 erreichte der Rohölpreis sogar über 11 \$, inflationsbereinigt sind das mehr als 50 \$. Dies führte in Österreich zu Maßnahmen wie der Einführung des autofreien Tages und der bis heute so genannten "Energieferien". Jedenfalls waren damit massive Verschiebungen der Austauschverhältnisse (Terms of Trade) verbunden.

Die Erdölpreiskrise von 1973 demonstrierte erstmals in aller Deutlichkeit die Abhängigkeit der Industrieländer von diesem fossilen Energieträger. Dennoch setzte die volle Wirkung des Erdölpreisschocks nicht sofort ein – auch weil der grundsätzliche Wirtschaftsoptimismus des Golden Age noch nicht gänzlich abgeklungen war. Erst Ende 1974 begann die Erdölpreiskrise wirklich zu "beißen", dann aber so richtig. War zwischen 1970 und 1974 das reale BIP in Österreich um mehr als 20% gewachsen, so

¹⁾ The New York Times, 4. Jänner 1971.

kam es nun zu einem Wachstumsknick und stark rückläufigen Steuereinnahmen, danach zu Stagflation und wachsender Arbeitslosigkeit.

Sowohl 1970/71 als auch 1972 hatte Österreich ein ausgeglichenes Budget. Wegen der Umstellung auf die Mehrwertsteuer hatten wir ein geringes Defizit und dann 1974 erstmals ein Budgetdefizit von 1,3% – wenngleich hauptsächlich aufgrund der getätigten Infrastrukturmaßnahmen, des neuen Finanzausgleiches zugunsten der Bundesländer, einer Lohn- und Einkommensteuersenkung und nicht zuletzt der Einführung der Mehrwertsteuer. Wegen des Inflationsdruckes wurde der Mehrwertsteuersatz mit 16% zu niedrig angesetzt. Entsprechend geringere Steuereinnahmen waren die Folge. Ab dem Spätherbst 1974 setzte dann der durch den Erdölpreisschock verursachte Konjunkturunbruch voll ein und vergrößerte das Defizit des Bundes, bis es 1976 mit einer Neuverschuldung von 4,6% des BIP seinen Höhepunkt erreichte. Danach allerdings ging es wieder auf 2,5% zurück. In diesen Werten waren noch die öffentlichen Investitionen der ÖBB, der Post, der Telekommunikation oder der Autobahnen sowie der Bundesbauten enthalten. Als Folge von Überschüssen in den Länderhaushalten lag das Staatsdefizit noch unter diesem Wert. Damit blieb Österreich deutlich unter dem späteren (1992 festgesetzten) Maastricht-Ziel.

Angesichts dieser rasanten Entwicklungen galt es in den Jahren 1974 bis 1978 aus Sicht der Regierung also dagegenzuhalten und Zeit zu gewinnen, zudem aber gleichzeitig rasch nach passenden wirtschaftspolitischen Antworten zu suchen und dann entschlossen zu handeln. Dabei stellte sich die Frage, wie man Probleme bewältigen konnte, für die es – zumindest für die Zeit nach dem Zweiten Weltkrieg – keine Beispiele gab. Anders als in Deutschland, wo die Bundesregierung schon Mitte des Jahrzehnts die Wirtschaft weniger durch Stimulierung der Nachfrage als vielmehr durch die Entlastung der Unternehmen ankurbeln wollte, wurde in Österreich auch während und nach der internationalen Rezession von 1974/75 an der Vollbeschäftigungspolitik festgehalten²⁾. Gleichzeitig aber machten die wirtschaftlichen Turbulenzen ein Business as Usual unmöglich, zudem mussten die Entscheidungen in Real Time getroffen werden – und deshalb oftmals auf Basis unvollständiger oder sogar falscher Informationen.

Tatsächlich sind "Prognosen schwierig, besonders wenn sie die Zukunft betreffen", wie der dänische Physiker Niels Bohr so treffend gesagt hat. Erst recht stimmt das für Zeiten großer Umbrüche. Zur Illustration folgende Anekdote: Es gab damals, eingeführt 1968 von Stephan Koren in seiner Zeit als Finanzminister der ÖVP-Alleinregierung, die Einrichtung der "wirtschaftspolitischen Aussprache", und zwar weil der Finanzminister nicht Mitglied der Paritätischen Lohn- und Preiskommission war, dort aber Preise und Löhne verhandelt wurden, jedoch keine darüber hinausgehende Wirtschaftspolitik. Also schuf sich Koren ein eigenes Gremium, in welchem der Bundeskanzler, der Vizekanzler, die Minister für Soziales und Handel, der Notenbankchef, der Leiter des Wirtschaftsforschungsinstitutes, die Sozialpartner und eben auch der Finanzminister selbst vierteljährlich zusammentrafen, um sowohl die wirtschaftliche Lage als auch Wirtschaftsprognosen zu erörtern. Zu Beginn der 1990er-Jahre wurde diese sinnvolle Einrichtung vom damaligen Bundeskanzler bedauerlicherweise abgeschafft.

Einrichtung der "wirtschaftspolitischen Aussprache"

Die erste dieser "wirtschaftspolitischen Aussprachen" unter der neuen Kreisky-Regierung fand im Mai 1970 statt. Dabei wurde u. a. die vom damaligen Leiter des WIFO Franz Nemschak und seinem Stellvertreter Seidel präsentierte Prognose, wonach sich die Hochkonjunktur bald abschwächen und in eine Rezession übergehen werde, diskutiert. Das gab naturgemäß Anlass zur Sorge wegen der damit verbundenen Gefahr steigender Arbeitslosigkeit. Allerdings trat diese Konjunkturabschwächung damals nicht ein, sondern erst 1975, obwohl die Wirtschaftsprognosen für dieses Jahr noch ein reales Wachstum von 2% vorausgesagt hatten. Im Mai 1970 hatten wir einen leergefegten Arbeitsmarkt verbunden mit starker Lohndrift, obwohl wir längst Gastarbeiter geholt hatten, vor allem aber bestand ein zunehmend starker

²⁾ Der Versuch, mit allen Mitteln an der Vollbeschäftigung festzuhalten, führte gegen Ende der Regierungsperiode von Bruno Kreisky schließlich zum Anstieg des Budgetdefizits.

Einsatz des keynesianischen Instruments eines Konjunkturausgleichsbudgets

Inflationsdruck. Tatsächlich schrumpfte das BIP dann um 2%, was einen realen Unterschied von 4% ausmachte. Die Folge dieses "Kollektivirrtums der Wirtschaftsforscher" waren zwei völlig überzogene Lohnrunden, die zu einer beträchtlichen Verschlechterung der Leistungsbilanz führten.

Im Laufe des Jahres 1975 wurde klar, dass das seit Mitte der 1950er-Jahre währende Golden Age jedenfalls zu Ende war. Aufgrund der Stagflation und der damit verbundenen steigenden Arbeitslosigkeit musste daher auch ein Budgetdefizit in Kauf genommen werden, um die Beschäftigung zu sichern. Da wir das keynesianische Instrument eines Konjunkturausgleichsbudgets vorgesehen hatten, wurde im Frühjahr 1975 der halbe Konjunkturausgleichshaushalt freigegeben. Das war dann auch jene Maßnahme, durch welche unsere Politik später das Etikett des "Austro-Keynesianismus" erhielt.

Das war nicht selbstverständlich, denn tatsächlich verfolgten wir gleichzeitig auch eine – wenngleich wegen der zuvor vorgenommenen Abwertung gegenüber der DM und dem Schweizer Franken relative – Hartwährungspolitik. Je nach Schwerpunktlegung der Betrachtungsweise wurde der auf die stabilitätspolitischen Herausforderungen Österreichs zugeschnittene Weg daher entweder als "Austro-Monetarismus" (Gottfried Haberler) oder eben als "Austro-Keynesianismus" (Hans Seidel) tituliert. Tatsächlich aber trifft weder der eine noch der andere Begriff allein den Kern, denn de facto war es ein Policy Mix, eine pragmatische Wirtschaftspolitik, bei der dank der Gewerkschaftshaltung auch die Einkommenspolitik eine wichtige Rolle spielte und Struktur- wie Leistungsbilanzverbesserungen erreicht werden sollten.

Hartwährungspolitik

Die Hartwährungspolitik war jedenfalls ein ganz spezifisches Markenzeichen des Austro-Keynesianismus, denn gemeinhin wird keynesianische Beschäftigungspolitik mit Inflationstoleranz assoziiert, die es ermöglicht, mittels Währungsabwertung die Nachfrage zu steuern. Insofern war es schon ungewöhnlich, den Schilling durch eine – wenngleich flexibel gehandhabte – Fixierung des Wechselkurses an die DM zu binden, obwohl wir ein Leistungsbilanzdefizit hatten³⁾. Doch tatsächlich lag die Betonung im Austro-Keynesianismus eben nicht nur in der Vollbeschäftigung, sondern auch in der Preisstabilität. Die Hartwährungspolitik war die Grundlage für Geldwert- und Preisstabilität und damit der Garant gegen eine Explosion der Inflation. Neben der Schweiz und der BRD war Österreich eines der drei Länder, denen es gelang die Inflationsrate unter 10% zu halten. Ihr Korrelat wiederum hatte die Hartwährungspolitik in der "produktivitätsorientierten", d. h. an die Lohnstückkostenentwicklung angepassten Lohn- und Einkommenspolitik.

Dass die Hartwährungspolitik aber durchgehalten werden konnte, lag nicht zuletzt an der glücklichen Konstellation der damaligen Sozialpartnerschaft. Vor allem ÖGB-Präsident Anton Benya hat diesen Kurs eines harten Schillings nicht nur mitgetragen, sondern ganz offen unterstützt. Ihm war klar, dass gute Politik nur möglich ist, wenn die Wirtschaft in Ordnung ist, und dass es einer hohen Beschäftigung bedarf, damit der Wohlfahrtsstaat finanziert werden kann. Schon Johann Böhm, von 1945 bis 1959 erster Präsident des ÖGB und mit Julius Raab Hauptinitiator der Sozialpartnerschaft, hatte einmal erklärt, dass eine Kuh – d. h. die Wirtschaft und insgesamt alle Steuerzahler –, die man melken will, auch gut gefüttert und gestreichelt werden muss. In dieser sehr pragmatischen Denktradition stand auch Benya, weshalb er – bestärkt durch den Ersten Vizepräsidenten der Nationalbank Karl Waldbrunner, den Generaldirektor der Nationalbank Heinz Kienzl, den ÖGB-Sekretär Erich Hofstetter und konkludent auch den Obmann des Wirtschaftsbundes Rudolf Sallinger, wozu der Leiter der volkswirtschaftlichen Abteilung der OeNB, Direktor Georg Albrecht mit seiner Expertise entscheidend beitrug – den Kurs der Hartwährungspolitik unterstützte, selbst gegen die anderslautende und vor allem von der Industriellenvereinigung unter der Leitung von Hans Igler beeinflusste Meinung von Bundeskanzler Bruno Kreisky. Die Tatsache, dass der Kanzler eine Abwertung des Schillings favorisierte, trug ihm von Erich Streissler die Bezeichnung des "einzigen 'echten' Keynesianers" ein. Zwei Episo-

³⁾ Erst 1981 wurde die fixe bzw. unflexible Bindung des Schillings an die DM beschlossen.

den kennzeichnen die damalige Situation: Bei einem ihrer monatlichen Jour fixes versuchte Kreisky mit vielen Worten Benya für eine Wechselkurspolitik eines schwächeren Schillings zu gewinnen. Als er dann fragte, warum Benya dies nicht akzeptieren wolle, antwortete dieser lapidar "Weil's ein Blödsinn ist". Und als Koren über Vorschlag von Kreisky 1978 OeNB-Präsident geworden war, wollte der Kanzler auch von ihm eine Abschwächung des Schillings entgegen der Zielsetzung seines Finanzministers. Koren wandte sich in diesem Dilemma an den ÖGB-Chef und fragte Benya, was er tun solle. Dieser antwortete unmissverständlich "Halten Sie sich an den Finanzminister". Der Wirtschaftsforscher Helmut Kramer hat im Übrigen später erklärt, dass "kaum eine wirtschaftspolitische Entscheidung einen so nachhaltigen und überwiegend positiven Effekt auf die Leistungsfähigkeit der österreichischen Wirtschaft hatte wie die gegen heftige Widerstände erkämpfte Option für eine Bindung des Schillings an die Deutsche Mark"⁴⁾.

Das schwierigste Jahr dieses Jahrzehnts war 1977. Das für damalige Verhältnisse hohe Budgetdefizit und die Auswirkungen überhöhter Arbeitskosten hatten die Importe stimuliert und in der Folge ab Mitte 1976 das Leistungsbilanzdefizit stark erhöht. Hinzu kam, dass mit der Einführung der Mehrwertsteuer die bis dahin üblichen Exportsubventionen von etwa 2 Mrd. S weggefallen waren, aber zugleich andererseits eine beträchtliche Steuerentlastung der Vorräte eingetreten war. Unter dem Motto der "drei großen E" – "Eigenverantwortung, Eigeninitiative und Eigenvorsorge", verstanden nicht als Gegenprogramm zum Wohlfahrtsstaat, sondern zu dessen Sicherung – versuchten wir gegenzusteuern. Die größte Herausforderung bestand dabei darin, eine Abwertung des Schillings zu vermeiden, was gemeinsam mit den Notenbank-Präsidenten Hans Kloss und Stephan Koren auch gelang. Nicht der Wechselkurs sollte demnach geändert, sondern die Wirtschaftspolitik den Herausforderungen angepasst werden. Mit dem Zweiten Finanzbericht von Hans Seidel von 1977, in dem er auch den als "Seidel-Formel" berühmt gewordenen Vorschlag "2,5% Nettodefizit des Bundes" präsentierte, gelang dann die Korrektur in Richtung einer zahlungsbilanzorientierten Wirtschaftspolitik. Diese Zielgröße als Ergebnis hatten wir nur im Finanzministerium bestellt. Sie wurde im Budget 1981 auch erreicht, wobei das Staatsdefizit insgesamt geringer war. Damit lagen wir deutlich unter dem Jahre später festgelegten diesbezüglichen Maastricht-Kriterium.

Zusammenfassend wird unter dem Begriff "Austro-Keynesianismus" somit ein wirtschaftspolitisches Maßnahmenbündel, ein Policy Mix (Hans Seidel) verstanden, bestehend aus

- einer expansiven Budgetpolitik zur Nachfrage- und damit Beschäftigungssicherung, insbesondere durch öffentliche Investitionen und steuerliche Förderung privater Investitionen,
- einer – wenngleich nicht dogmatischen – Hartwährungspolitik zur Preisstabilisierung und schließlich
- einer sozialpartnerschaftlich ausgehandelten Einkommenspolitik zur Inflationsbekämpfung und Stabilisierung der Leistungsbilanz.

Milton Friedman stand diesem auf die Bedürfnisse Österreichs spezifisch zugeschnittenen Lösungsansatz im Übrigen ziemlich verständnislos gegenüber. Nach einer einstündigen Diskussion in New York trennten wir uns mit Übereinstimmung in nur einem Punkt: "We agree to disagree." Aber auch IWF und OECD sowie manche österreichische Ökonomen vertraten die Meinung, dass eine Schilling-Abwertung notwendig sei.

Gerade als die Wirtschaft Ende des Jahrzehnts wieder begann Tritt zu fassen, kam es 1979/80 zum zweiten Erdölpreisschub, diesmal im Wesentlichen ausgelöst durch Förderausfälle und Verunsicherung als Folge der Islamischen Revolution im Iran. Um die gerade begonnene Budgetkonsolidierung nicht zu gefährden, war man in der Lohnpolitik bereit, Schmälerungen der Realeinkommen hinzunehmen; und die Funk-

Sozialpartnerschaftlich ausgehandelte Einkommenspolitik zur Inflationsbekämpfung und Stabilisierung der Leistungsbilanz

"Austro-Keynesianismus"

⁴⁾ Zitat nach Cordt (2015, S. 125).

Arbeitslosigkeit und Inflation als "Zwillinge"

tion eines Konjunkturmotors übernahm die beschlossene Export- und Investitionsförderung.

Auf internationaler Ebene bedeutete dieser zweite Ölpreis-Hike jedoch das (vorläufige) Ende des Keynesianismus. Nachdem sich seit der Mitte der 1970er-Jahre Arbeitslosigkeit und Inflation als "Zwillinge" (Hans Seidel) erwiesen hatten und die herrschende Lehre kein wirksames Rezept dagegen bieten konnte, verlor die aktivistische Wirtschaftspolitik endgültig das Vertrauen, und die Neoklassik bzw. der Monetarismus, also die Vorstellung, die Wirtschaftsabläufe über die Geldmenge steuern zu können, wurde zum neuen Mainstream. Politisch um- und durchgesetzt wurde dieser Paradigmenwechsel zuallererst von Premierministerin Margaret Thatcher in Großbritannien und dann US-Präsident Ronald Reagan. In den frühen 1980er-Jahren gelang es dann dem damaligen Vorsitzenden des Federal Reserve System, Paul Volcker, mit außerordentlich hohen Leitzinsen – zeitweise über 20% – die Hochinflationsphase zu beenden. Später begann die Periode der "Great Moderation", eine Zeit gekennzeichnet durch relativ geringe Konjunkturschwankungen und niedrige Inflation, bis schließlich die nahezu religiöse Verklärung des "Marktes", praktisch umgesetzt vor allem bei der neoklassischen Deregulierung der Finanzmärkte, im Jahr 2008 das Kartenhaus zum Einsturz brachte, die Finanzkrise auslöste und in die "Great Recession" führte.

Ende des Austro-Keynesianismus

Auch in Österreich war spätestens Mitte der 1980er-Jahre das Ende des Austro-Keynesianismus besiegelt. Zunächst hatte die fixe Bindung des Schillings an die DM nach 1981 bewirkt, dass Österreich die restriktive, sprich: monetaristische Geldpolitik der Deutschen Bundesbank übernehmen musste. Zweitens kam es zum Auslaufen des Konjunkturausgleichsbudgets, und in den Vordergrund trat das Ziel langfristiger Budgetkonsolidierung. Allerdings ist das bis heute nicht annähernd gelungen, wie die Höhe des Schuldenberges trotz Rekordsteuerbelastung belegt.

Gerade aus heutiger Sicht, nach den Erfahrungen der Finanz- und Wirtschaftskrise im Anschluss an den Zusammenbruch der US-amerikanischen Bank Lehman Brothers, sind die Erfolge der österreichischen Wirtschaftspolitik der 1970er-Jahre, die unter ähnlich turbulenten Zeiten stattfand, als großer Erfolg zu werten. In Verbindung mit einer umfassenden Strukturreform und Modernisierungsoffensive konnte der als "Austro-Keynesianismus" etikettierte Policy Mix der 1970er-Jahre jedenfalls Ergebnisse erreichen, die sich sehen lassen konnten:

- Das jahresdurchschnittliche Wirtschaftswachstum lag deutlich über dem europäischen Durchschnitt und blieb mit 3,6% nur hinter dem von Japan und Norwegen zurück.
- Das österreichische Pro-Kopf-Einkommen, das anfangs niedriger als in der Europäischen Union (damals noch "Europäische Gemeinschaft") gewesen war, stieg bis 1983 deutlich über den EU-Durchschnitt.
- Die durchschnittliche Inflationsrate war mit 6,2% die drittniedrigste.
- Die Arbeitslosenquote betrug im Jahresdurchschnitt rund 2% und überstieg nie die Grenze von 60.000 Arbeitslosen,
- und das Nettodefizit konnte (einschließlich der Schattenhaushalte) im Budget 1981 auf 2,5% heruntergebracht werden – was auch der Seidel-Formel entsprach.
- Die Umstellung auf die Mehrwertsteuer und der relativ harte Schilling bei Förderung der Investitionen wirkten zudem als Druckmittel zur letztlich erfolgten industriellen Strukturverbesserung.

Zudem wurde Österreich im Jahr 1976 von der amerikanischen Ratingagentur Standard & Poors das Triple-A für die höchste internationale Kreditwürdigkeit zugesprochen. Diese Bestbonität haben wir leider 2012 wieder eingebüßt. Insgesamt kann für die 1970er-Jahre daher festgehalten werden, dass trotz der vielfachen großen Herausforderungen Österreich vom Korenschen Paukenschlag von 1968 bis 1981 durch das Maßnahmenpaket des Jahres 1977 solide Staatsfinanzen hatte.

1. Literaturhinweise

- Androsch, H., Niemals aufgeben. Lebensbilanz und Ausblick, Ecowin, Wals bei Salzburg, 2015.
- Cordt, H. (Hrsg.), Auf der Überholspur. Zeitzeugen über das Goldene Zeitalter der österreichischen Wirtschaft, Molden, Wien, 2015.
- Mesch, M. (Hrsg.), Wie kam der Keynesianismus nach Österreich?, ÖGB Verlag, Wien, 2016.
- Seidel, H., Wirtschaft und Wirtschaftspolitik in der Kreisky-Ära, Böhlau, Wien, 2017.
- Walterskirchen, E., "Hans Seidel: Architekt der Wirtschaftspolitik in der Kreisky-Ära", Wirtschaft und Gesellschaft, 2016, 42(1), S. 109-117.